

Zunächst die Hauptfrage. Aus dem Verkauf des Radeberger Feuerwerk-Laboratoriums sind nicht 1 1/2 Millionen, sondern insgesamt etwa 47 Millionen Mark erzielt worden. Außerdem sind dabei für die sächsische Volkswirtschaft, die sächsische Arbeiterkraft und besonders die Stadt Radeberg erhebliche Vorteile erzielt worden. Dies alles nur nach langen Verhandlungen und Ueberwindung beträchtlicher Schwierigkeiten.

Der Preis derartiger Werke wurde dadurch herabgedrückt, daß die völlige Umstellung ihres rein auf das militärische eingestellten Betriebes auf Friedensverwertung sehr unproduktiv erschien. Gerade bei der Radeberger Anlagen bedeutet dies ein großes Mißverhältnis. So ist deshalb z. B. von dem am Anfang einzigen Feuerwerk für die gesamten sächsischen Heeresbetriebe (Artillerie, Artillerie- und Munitionsfabrik Dresden, Pulverfabrik Grottau etc.), sowie die Anlagen in Radeberg) nur ein Gesamtpreis von 24 Millionen Mark einschließlich aller Vorräte zu Rohstoffen geboten worden. Für die Reichsregierung selbstverständlich unannehmbares Angebot. Nach langen Verhandlungen ist es dann der sächsischen Regierung gelungen, allein für die Gebäude des Radeberger Laboratoriums, einen Teil seiner Betriebs-einrichtungen und einen Teil seiner Rohstoffe einen Preis von 18 Millionen Mark zu erzielen. Aus dem Verkauf der Werke nicht mit unbegriffenen Maschinen und Rohstoffen des Laboratoriums sind insgesamt noch über 29 Millionen Mark erzielt worden. Besonders wertvoll war dabei, daß es der sächsischen Regierung gelungen ist, fast alle Rohstoffe, entgegen dem ursprünglich bei der Reichsregierung bestehenden Plane, der sächsischen Wirtschaft zu erhalten.

Zu diesen erheblichen finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilen hielt aber das Arbeitsministerium noch nicht seinen Dauervorbehalt. Dieser liegt vielmehr darin, daß es gelungen ist, das Verbot der Radeberger Werke zu vermeiden. Bei ihrem Ausschachten hätten sich vielleicht noch höhere Verkaufspreise erzielen lassen. Es hätte das aber die Arbeitslosigkeit von 800 Arbeitern und eine schwere Schädigung der Stadt Radeberg bedeutet. Deshalb sollte die Weiterführung der Werke geistert werden, und so sind in den Betrieben jene Bestimmungen aufgesammelt worden, die, wie bereits erwähnt, bei den anfangs angeführten Presseangriffen der Öffentlichkeit korenthalten wurden. Diese Vertragsbestimmungen verpflichten die Käufer bindend, den Betrieb des Laboratoriums derzeit aufrechtzuerhalten, daß 800 Arbeiter noch mindestens 2 Jahre Beschäftigung finden. Sollten die Käufer diese Verpflichtung nicht erfüllen, so verfallen sie in eine Konventionalstrafe von 2 Millionen Mark und müssen außerdem von einem etwaigen Bruttoertragsgewinn 50 Prozent an das Reich abliefern.

Das Arbeitsministerium hat also im Einklang mit dem Reichsfinanzministerium beim Verkauf des Radeberger Werkes dieses nicht für 1 1/2 Millionen verschleudert, sondern es hat zugunsten der Reichskasse einen Erlös von 47 Millionen Mark erzielt, große Rohstoffvorräte der sächsischen Wirtschaft erhalten, 800 Arbeiter für mindestens 2 Jahre vor Arbeitslosigkeit geschützt und für den sächsischen Staat, wie für die Stadt Radeberg das Weiterbestehen eines großen Betriebes gesichert.

Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben zu der Mitteilung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei über den Verkauf des Feuerwerk-Laboratoriums: „Diese amtlichen Angaben müssen mit einer gewissen Vorsicht angenommen werden. Es ist tatsächlich am 31. Januar d. Js. beim Amtsgericht Radeberg der Verkauf des Feuerwerk-Laboratoriums zu einem Preise von 1 1/2 Millionen Mark eingetragenen worden. Alles andere, was mehr erzählt worden ist, ist für Maschinen und Rohstoffe geschildert worden.“ Die sächsischen Käuferwünsche in Radeberg wollen Einkauf von den Werken erheben. Ferner wird sich auch der Arbeiterrat des Feuerwerk-Laboratoriums demnach noch mit dieser Frage beschäftigen. Die Arbeiterschaft der dortigen Werksstätten hat schon vor längerer Zeit der Regierung das Angebot gemacht, die gesamten Anlagen zu erwerben, um den Betrieb gemeinsam fortzuführen. Da aber die Behörden 30 Millionen Mark forderten, mußten die Arbeiter von ihrem Plane absehen.

Deutsches Reich.

(Eine Warnung Noskes an die Linksradikalen). In einer Versammlung der Betriebsräte und Delegierten der Sozialdemokratische Partei Hamburgs hielt Reichswehrminister Noske eine Rede über die politische Lage, in der er u. a. ausführte: Der wirtschaftliche Gesundungsprozeß unseres Landes wird noch sehr lange dauern. Unter diesen Umständen kann man nicht zugeben, daß Unordnungen und Torheit mit unserem wirtschaftlichen Leben experimentieren, wie es die linksradikalen Elemente leider versucht haben. Wenn z. B. Tausende von Eisenbahnern erklären: Wir haben die Hand an der Gurgel des Staates und können ihm diese zuschnüren, wenn wir wollen; wenn derartige Erklärungen abgegeben werden, dann sage ich als Reichswehrminister: Wenn einige Tausende von Eisenbahnern einem Volke von 60 Millionen die Gurgel zuschnüren wollen, dann trage ich als Reichswehrminister gar keine Bedenken, diesen die Knochen zu zerbrechen. Wir wollen dem Volke eine Heimat erhalten, und nicht Tausende und aber Tausende zur Auswanderung veranlassen, wie dies in den 80er Jahren geschehen ist.“ Der Minister wandte sich dann gegen die Bestrebungen der Bergarbeiter, die Sechsstundenschicht einzuführen. Gegen derartige Bestrebungen, wie gegen jede Stilllegung von Eisenbahnen, werde er nach wie vor mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen. Dagegen werde er stets bestrebt sein, für die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft einzutreten.

(Gegenstreik der Landwirtschaft bei Generalstreiks?) Man schreibt: Der Vorstand des Wirtschaftsverbandes Ober-Barnim hat im Falle eines General-

streiks den alle Mitglieder bindenden Beschluß gefaßt, daß für den Fall, daß durch Generalstreik der Güter- und Personenverkehr und damit das wirtschaftliche Leben Deutschlands lahmgelegt wird, die ländliche Bevölkerung des Reiches während der Dauer des Generalstreiks sämtliche Lieferungen einstellt mit Ausnahme der an die eigenen Kreisstädte und unmittelbaren Nachbarn. Auch eine Ablieferung an die Kommissariate soll unterbleiben, damit jede Belieferung der großen Masse wegfällt.

(Die Kriegsverbrecher.) Lord George sagte im Unterhaus, auf der Liste der deutschen Kriegsverbrecher kämen auch Namen einiger Angehöriger vor, die sich gegenwärtig in den Händen der Alliierten befänden. Ob diese vor einen alliierten Gerichtshof gestellt werden, wird von der Antwort abhängen, die von der deutschen Regierung auf die Note der Entente erteilt werde.

(Die Greuelstaten auf der Gegenseite.) Vallant Coutourier fordert im „Populaire“ alle diejenigen Kameraden auf, die noch die Greuelstaten im Gedächtnis haben, die auf französischer Seite auf Befehl begangen wurden, diese mitzuteilen, damit er sie veröffentlichen könne. Er habe Offiziere gekannt, die sich gerührt hätten, deutsche Kriegsgefangene niedergeschossen zu haben, um ihren Revolver zu prüfen. Vallant sagte, wir verlangen schon seit langem für alle Schuldschuldigen aller Länder ein internationales Gericht, zusammengesetzt aus Arbeitern und ehemaligen Soldaten.

(Herr v. Kardorff fordert eine deutsche Gegenliste.) In einer Versammlung der deutschnationalen Volkspartei hielt gestern Abg. v. Kardorff einen Vortrag über die Lage und richtete an die Regierung die Frage, warum sie die Akten über die Kriegsverbrechen unserer Feinde noch nicht veröffentlicht habe. Die beste innere Politik, meinte er, sei jetzt eine gute äußere. Das Land müsse wieder arbeiten.

(Mangelnder Schutz durch das Reich.) Die deutschnationalen Abg. Behrens und Biener haben in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt: Der Landwehmann Alexander Lange vom Landwehr-Inf.-Regt. 101 befindet sich seit etwa sechs Monaten in Antwerpen in Untersuchungshaft unter der Anklage, im Jahre 1916 oder 1917 sich in Belgien als Lagerkommandant Mißhandlungen schuldig gemacht zu haben. Diese Anklage entbehrt der Unterlage, weil Lange den Krieg bis Ende Juni 1918 an der russischen Front mitmachte, dann nach Frankreich kam und dort gefangen genommen wurde. Lange war während des ganzen Krieges in Belgien nicht irgendwo tätig. Die Anschuldigung beruht offensichtlich auf einer Verwechslung mit Bemühungen des Lango, vom sächsischen Kriegsministerium und vom Reichswehrministerium - die Akten liegen in Berlin, Reichswehr-Befehlsstelle Preußen, Kriegsgefangenen-Kommando 1472/8, 18. U. 51 - den Nachweis zu erhalten, daß er niemals in Belgien war, sind bis zur Stunde unerledigt geblieben. Auch sind keinerlei Schritte zum Schutze des Lango von den Reichsstellen unternommen worden. Ist der Herr Reichskanzler bereit, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Wehrmannen Lange anzuordnen?

(Die Meldung vom Staatsbankrott eine frivole Erfindung.) Aus Holland wird die Nachricht verbreitet, daß eine holländische Zeitung eine angeblich demnach abzuzeichnende deutsche Note veröffentlicht, in der Deutschland mitteilt, daß es durch die Wirkung bestimmter Ententeforderungen den Staatsbankrott erklären werde. Künftig wird dazu in Berlin festgestellt, daß keine derartige deutsche Note existiert, noch je beabsichtigt war, und daß es sich lediglich um eine frivole Erfindung handelt.

(Das Abkommen mit den Bergarbeitern.) Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern, zu denen sich auch der Reichskanzler nach Eisen begaben hatte, haben in der eintägigen Sitzung der unbedeutend erforderlichen Steigerung unserer Kohlenproduktion um zu folgender allgemeinen Vereinbarung geführt: Es sollen wöchentlich zwei halbe Ueberstunden gefahren werden. Als Entgelt dafür erhält der Untertagearbeiter 100 Prozent der Ueberstundenarbeiter 50 Prozent Aufschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern die Ueberstunden leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 Kilogramm Brot und 4 Kilogramm Fett, was zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig auf drei Wochen bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsetzen.

(Die wirtschaftlichen Kriegsverbrecher.) Aus Ober-Schlesien erzählt der „Bormärts“: Die alliierte Kommission in Oberschlesien, deren Präsident der französische General Le Rond ist, verlangt von der Stadt Eppeln die sofortige Einrichtung eines Stützpunktes für die alliierte Besatzung (1. gutem Vorrat und Lebensmittel). Für 400 Personen. Vorausgesetzt, daß es überhaupt möglich ist, Silbergerät zu besorgen dürfte die Einrichtung dieses Kasinos nach sachmännlichen Kriterien circa 800 000 Mark kosten. Die Einrichtung weiterer Kasinos ist ebenfalls befohlen. Bei einer hiesigen Silberfabrik sind über 40 Schmelzöfen nur modernster Art beschafft worden, darunter eine Anzahl im Preise von 2000 Mark pro Stück.

(Die Prozesse gegen die Angehörigen.) Man schreibt uns: Zu der von den Feinden geforderten Abenteuerei unserer Vaterlandsverteidiger vor dem Reichsgerichte drängt sich mir die Frage auf, ob sich ein deutscher Richter findet, der dem Verlangen der Feinde nachkommen würde, solange nicht die Gegenpartei verbürgt ist? Weit entfernt davon, die Begehr der unmittelbaren Ueberwältigung der Verbrechen - wenn solche tatsächlich voranden sind - für straflos zu erklären, kann ich mir nicht denken, daß deutsche Richter sich dazu hergeben würden, dem Verlangen der Feinde zu entsprechen, nachdem die Reichsregierung sich außerstande erklärt hat, den Verlangen auf Auslieferung nachzukommen und laut und feierlich verkündet hat, daß kein deutscher Beamter die Hand zur Bewirkung des Verlangens bieten würde. Auch die neue Forderung der Feinde ist so ungeheuerlich, jedes Rechtsempfinden verletzend, daß auch ihr ein glattes Nein entgegenzusetzen werden muß, ungeachtet des Umstandes, daß sie nach

ein Eingehen auf einen in keiner Form unvernünftigen deutschen Vorschlag darstellt.

(Der Uebergang der Eisenbahnen auf Reich.) Western landen unter dem Vorbehalt des Reichswehrministers Dr. Bell die abschließenden Besprechungen über den Uebergang der deutschen Eisenbahnen auf das Reich statt. Es werde in allen Punkten, mit Ausnahme der Finanzfrage, eine Verständigung erzielt. Die Verhandlungen über letztere wurden nachmittags unter dem Vorsitz des Finanzministers Erzberger fortgesetzt. Sofern auch diese Besprechungen zu einer Verständigung führen, soll der Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Ländern unverzüglich dem Reichskabinett und den Kabinetten der beteiligten Länder vorgelegt werden und sodann mit größter Beschleunigung an die verfassunggebenden Körperschaften gehen, damit der Uebergang des Eigentums und der Verwaltung der Eisenbahnen auf das Reich zum 1. April d. Js. durchgeführt werden kann.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Gallenberg, 21. Februar.

Der Gewerbeverein hielt gestern Abend im Vereinslokal eine Versammlung ab, in der zunächst Einträge bekanntgegeben und 30 Mark zu Organisationszwecken bewilligt wurden. Dann stimmte man dem Vorschlag für die Gewerbeschule auf das erste Vierteljahr 1920 zu. Im Mittelpunkt des Abends stand die Diskussion über die neuen Steuererlasse, die Herr Stadtkassier Friedrich gab. Er sprach über Umsatzsteuer, die außerordentliche Kriegsabgabe (Abgabe vom Mehreinkommen), ferner vom Gesetz über die Kriegsabgabe vom Vermögenzuwachs und endlich über das Reichs-Importzollgesetz. Die vielen Zwischenfragen bewiesen das große Interesse an dem Vortrag, für den Herr Stadtkassier freundlich dankt wurde. Er gab das Besprechen, im Verein noch weiter über diese Materie fortzusetzen zu wollen. Am 21. wurde noch Beschluß gefaßt über Abhaltung eines Kaffeekränzchens und dem Vorstande die Ausgestaltung, sowie die Bestimmung des Preis (1/2 Kaffeekränzchen) überlassen.

In den Kammerlichtspielen werden heute und morgen die beliebten Kinofestspiele der Herrin Henny Porten und Wanda Traumann die Besucher erfreuen. Die erste in dem prächtigen Lustspiel „Die beiden Saiten der Frau Ruth“ und letztere mit dem gleichfalls berühmten Sigis Larzen in dem mimischen Drama „Paul Bannerts Schicksal“.

Die Wachen, ein festliches hochspannendes Teatrodrama wird heute und morgen im Central-Theater zur Vorführung gelangen und die Besucher bis zum Schluß fesseln. Ein überaus prächtiges Lustspiel wird außerdem noch geboten werden.

Kammermusikabend. Ein seltener Konjunktus steht der Musikfreunden bevor. Der hiesige Kammermusikkreis beabsichtigt nämlich, in den ersten Tagen des März einen großen öffentlichen Kammermusikabend zu veranstalten. Hierzu gewonnen sind das kleine 12jährige Tangenke Kalli Ritter vom Deutschen Opernhaus Berlin, Herr Marthe Wittig, Konzert- und Vielerängerin, und Herr Wilhelm Grüneberg, Appellmeister und Komponist, beide ebenfalls aus Berlin. Wie kommen noch näher auf die Veranstaltung zurück, machen aber heute schon darauf aufmerksam.

Achtung! Falsche 2-Mark-Scheine! In den letzten Wochen sind in Verbru mehrfach gefälschte 2-Mark-Scheine im öffentlichen Verkehr aufgetaucht und angehalten worden. Es gewinnt den Anschein, als ob in Verbru oder in der Umgebung sich der Sitz der Fälscher oder deren Helfershelfer befindet. Darum Vorsicht bei der Entgegennahme von 2-Mark-Scheinen. Die Fälschung ist auf den ersten Blick als solche durch die verschwommene Ausführung des Druckes zu erkennen. Der Schein trägt die Nummer 304:358864 und besteht aus minderwertigem Papier. Sachdienliche Mitteilungen wolle man umgehend der Polizei machen.

Postalisches. Die Verzeichnisse der Postcheckkunden bei den Postcheckämtern im Reichs-Postgebiet werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Jan. 1920 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen die auch über die Preise Auskunft erteilen. Postcheckkunden erhalten die Druckwerke auf Wunsch von ihrem Postcheckamt unter Abbuchung des Preises, auch können sie sich den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postcheckamt sichern.

Kurze, Bayer & Heinze

Abteilung Lichtenstein-Gallenberg
19. 2. 20

	19. 2.	20. 2.
Deutsche 5% Kriegsanleihe	77,50	78,00
4 1/2% Schatzanweisung	78,00	78,125
3% Reichsanleihe	67,30	68,50
3 1/2%	58,75	65,50
4%	65,00	69,00
Sächsische 3% Rente	55,50	63,25
Chemnitz 4% Staatsanleihe	92,00	92,875
Dresdner 4%	105,00	100,50
Leipzig 4%	104,00	105,00
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr.	99,00	99,00
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	111,00	111,00
Sächs. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr.	108,00	107,25
Hortmann Wollsch.-Fabrik Akt.	330,00	320,00
Maschinenfabrik Kappel Akt.	350,00	350,00
Hermanns Pöge Akt.	468,00	465,00
Sachsenwerk Akt.	—	—
Sächs. Webstuhlfabrik Schönherr Akt.	—	—
Hugo Schnitler Akt.	—	—
Schubert & Salzer Akt.	120,00	150,00
Wanderer Werke Akt.	—	595,00
Zimmermann Werkzeugmach. Akt.	280,00	272,00
Deutsche Bank Akt.	332,00	328,00
Diskonto-Gesellschaft Akt.	280,00	243,00
Dresdner Bank Akt.	214,00	200,50
Phönix Akt.	—	581,00
Hamburger Paket Akt.	—	150,00
Ag. Lichtdruck Akt.	432,00	421,00
Deutscher Anze.	—	—

Ueber...
führen der...
vier, die and...
schule. Es e...
gelung die...
durch die be...
ben. Die b...
ringen Teil...
das Reichsm...
„Zamit...
schule, die...
möglich, die...
unzureichend...
eine nur ore...
genügen. Die...
logik und d...
organischen...
schule gefel...
der Kinder...
tügen Veru...
machen, be...
lässigen An...
jährigen D...
Die beif...
einer Umbr...
weil nicht...
geben, auf...
als der An...
Postkassier...
ankalen die...
rer gewäh...
zu kommt...
alle Zahl...
den wähl...
ferten auf...
berwachte...
ica Grönd...
noch unter...
der Jahre...
richtig u...
zukünftige...
gebnisse de...
In un...
Längerung...
wenn eine...
leite (un...
brauch si...
einträdig...
lung), doc...
terkündung...
dürfen le...
heittlich...
Leitstände...
Diese...
hins der...
Man muß...
Origin...
33.
Der...
für sich...
Ton, wie...
Sie f...
„D...
Er j...
„G...
gleich...
sichen -...
es über...
Ellen...
sächlich...
mühte...
so elend...
drud. J...
Berzen...
erhalten...
Zu...
leiblos...
ihre da...
Zimmer...
zusammen...
and bra...
reinte u...
So fand...
und an...
fam...
Er...
und deu...
vor Auf...
„Ab...
Du soll...